

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 13. Juni 2019 / Jeudi matin, 13 juin 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

**34 2018.RRGR.654 Motion 223-2018 Egger (Hünibach, SP)
Kein BKW-Strom mit Kohle aus Skandalminen!**

**34 2018.RRGR.654 Motion 223-2018 Egger (Hünibach, PS)
Pas de charbon douteux dans l'électricité de BKW**

Präsident. Damit Sie sich vorbereiten können: Christoph Neuhaus, Vorsteher der BVE, ist bereits im Haus. Wir kommen als Nächstes zum Traktandum 34, einer Motion von Grossrat Egger. Sie können bereits mit Suchen beginnen, falls Sie die Unterlagen nicht schon vor sich haben. Es geht um das Traktandum 34: «Kein BKW-Strom mit Kohle aus Skandalminen!». Herr Egger darf sich bereits in die Rednerliste eintragen, wir warten jedoch noch kurz auf Regierungsrat Neuhaus. (*Kurze Pause / Courte pause*) Ich begrüsse Regierungsrat Christoph Neuhaus und seine Mitarbeitenden. Wir kommen zur Motion, die ich bereits eingeführt habe. Ueli Egger, Sie haben das Wort.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Gemeinsam mit meinen Mitmotionären habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat vollumfänglich unsere Haltung teilt, dass die geschilderten Missstände in Cerrejón, einer Kohlenmine in Kolumbien, in jeder Hinsicht inakzeptabel sind. Es freut uns auch, dass der Regierungsrat klar von der BKW gefordert hat, alles im Rahmen ihrer unternehmerischen und rechtlichen Möglichkeiten zu unternehmen, damit die BKW ausschliesslich Strom aus Produktionen bezieht und handelt, welche die Menschenrechte einhalten und Grundsätze des Umweltschutzes befolgen.

Wenn ich hier die Abschreibung dieser Motion bestreite, hat das folgende zwei Hauptgründe: Erstens sehe ich – gerade nach der hier drin geführten Klimadebatte – nicht ein, weshalb die BKW sich überhaupt an einem Kohlekraftwerk beteiligt, warum also die BKW AG mit 33 Prozent am Kohlekraftwerk ENGIE in Wilhelmshaven beteiligt ist. Ich sähe es auch nicht ein, wenn dieses saubere Kohle verbrennen würde. Der zweite Grund ist der folgende: Meistens wenn ich in der letzten Zeit in der Zeitung etwas über die BKW gelesen oder auch sonst etwas gehört habe, hatte ich ein eigenartiges Gefühl – ein eigenartiges Gefühl, obschon ich eigentlich stolz bin auf die BKW, ein wirtschaftlich blendend funktionierendes Unternehmen, dessen Mitbesitzer ich als Bürger bin, weil der Kanton Bern die Aktienmehrheit hat. Das eigenartige Gefühl habe ich, weil man nicht nur zwischen den Zeilen in der Antwort des Regierungsrates lesen kann, wie wenig Einfluss der Kanton als Mehrheitsaktionär auf die BKW hat, sodass die Regierung und der Kanton sogar quasi Gefangene der Wirtschaft sind. 50 Prozent Lohnerhöhung für die Chefin auf über 2 Mio. Franken pro Jahr, 5 Prozent mehr Entschädigung für den Verwaltungsrat, wobei der Präsident, ein ehemaliger Regierungsrat, selbst rund 350 000 Franken kassiert; der Kauf von Firmen zu überhöhten Preisen, die Ausnutzung des Strommonopols. Der Steuersitz der BKW-Tochter ISP Electro Solutions liegt im Kanton Solothurn; ich weiss nicht, ob dies aus steuerlichen Gründen der Fall ist. Dann kommt noch die Sache mit der dreckigen oder gar blutigen Kohle aus Kolumbien hinzu. Man kann als Mehrheitsaktionär offenbar nichts tun, weil man sich nicht in die operativen Geschäfte einmischen kann und weil ein Eingreifen in den Verwaltungsrat den Aktienkurs negativ beeinflussen würde. Der Grosse Rat und auch wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion haben bisher die Aktienmehrheit des Kantons Bern an der BKW unterstützt. Es ist aus unserer Sicht eine staatliche Aufgabe, den Kanton Bern sicher mit sauberem Strom zu versorgen. Dazu gehört in erster Linie ein intaktes Netz. Beteiligungen an Unternehmungen, welche bewusst humane und ökologische Missstände dulden, um den Gewinn zu maximieren, schaden nicht nur der BKW als Unternehmung, sondern auch dem Ansehen von uns, dem Kanton Bern als Hauptaktionär. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern. Notfalls müsste man als Mehrheitsaktionär auch Einfluss auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrats nehmen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen und sie nicht abzuschreiben.

Präsident. Entschuldigen Sie, ich hatte das Mikrofon bereits eingeschaltet, aber Sie werden genug Zeit haben. Als Nächstes: Ueli Frutiger für die BDP.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Für die Fraktion der BDP ist es in allen Belangen wichtig, dass die Menschenrechte und der Schutz der Umwelt eingehalten werden. Die Stromproduktion aus Kohle ist aus unserer Sicht sowieso problematisch, und diese sollte möglichst bald der Vergangenheit angehören. Die BDP-Fraktion glaubt aber der BKW und ihrem französischen Partner, dass sie den Verhaltenskodex einhalten. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass nach der Überprüfung weitere Massnahmen ergriffen wurden, welche umgesetzt werden. Deshalb lehnen wir die Motion ab. Sollte sie angenommen werden, schreiben wir sie ab.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Es handelt sich um einen Vorstoss, dessen Forderung wir vollumfänglich unterstützen können. Trotzdem habe ich mir erlaubt, den Wortlaut noch etwas genauer zu betrachten. Es handelt sich nämlich um eine sehr weitgehende Forderung, welche faktisch nur noch den Bezug und Handel aus erneuerbaren Produktionen erlauben würden. Auch da wird vorausgesetzt, dass keine Menschenrechte verletzt werden. Das ist davon abhängig, wie weit die Betrachtung der Produktionskette geht. Die Tabelle der BKW zu den Produktionsarten von Strom, welcher im Jahr 2017 an die Kunden geliefert wurde, zeigt, dass 69 Prozent mit erneuerbaren Energien und 31 Prozent mit Kernenergie produziert wurde. Es wurde jedoch kein Strom aus fossilen Produktionen an die Kunden geliefert. Es handelt sich hier also um den Strom vom sogenannten Grosshandelsmarkt, also von den Unternehmen, welche frei sind zu entscheiden, welchen Strom sie wollen – ohne Kennzeichnung. Darin könnte eben auch Kohlestrom von diesem Grosskraftwerk sein, welches erwähnt wurde. Es handelt sich also um sogenannten Graustrom, bei welchem nicht nachgewiesen werden kann, wie viel Kohlestrom enthalten ist. Die Forderung im Wortlaut, wonach die BKW im Stromhandel ausschliesslich mit erneuerbarem Strom mit Menschenrechtszertifikaten handeln würde – man muss auch an Spothandel denken –, ist wahrscheinlich nicht ganz realistisch. Trotzdem schliesse ich daraus, dass es den Motionärinnen und Motionären und Verfasserinnen und Verfassern darum ging, den Verkauf von Kohlestrom und vor allem die Beteiligung der BKW am Kohlekraftwerk auszuschliessen. Diese Beteiligung ist meines Erachtens der eigentliche Skandal. Die BKW ist am Kohlekraftwerk – wir haben es gehört – mit 33 Prozent beteiligt. Diese Beteiligung passt überhaupt nicht zur umweltpolitischen Agenda der Unternehmung und auch nicht zur Energiestrategie des Kantons. Der Widerspruch wird aber mit folgenden Gesellschaften noch verstärkt: Eine Beteiligung von 14,5 Prozent am Kernkraftwerk Leibstadt, eine Beteiligung von 25 Prozent am Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk in Italien. Das können Sie alles im Geschäftsbericht nachlesen, dort können Sie noch andere Sachen sehen. Angesichts dieser offensichtlichen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzung sind wir umso erstaunter über die Antwort der Regierung. Sie verweist auf die Initiative «Bettercoal» und darauf, dass die Kraftwerksbetreiberin ihre soziale Verantwortung sehr ernst nehme. Frauen und Männer, da wird «clean washing» und auch eine Form von «social washing» in den höchsten Tönen betrieben, und die Regierung stimmt in diesen Chor mit ein. Wir sehen es in der Vorstossantwort: Es gibt eine Art Vernebelungstaktik, um von den verschiedenen Missständen und der Diskrepanz zur Energiestrategie abzulenken. Die Fakten sind nämlich eindeutig: Kohle ist die klimaschädlichste Energieform und wird es bleiben. Daran ändert auch eine weichspülende Vorstossantwort überhaupt nichts. Die Regierung hätte sich nämlich auch ernsthaft mit der Problematik auseinandersetzen und der BKW den Ausstieg aus den problematischen Beteiligungen nahelegen können. Darum wäre es eigentlich gegangen. Das hätte in der Antwort stehen können. Leider folgen die Antworten auf die Vorstösse an die Adresse der BKW meistens demselben Drehbuch, und wir können immer dieselben Textbausteine lesen: Die Regierung habe keine Möglichkeiten, als Mehrheitsaktionärin grundsätzlich Einfluss auf operative Unternehmensentscheide zu nehmen. Deshalb, liebe Frauen und Männer, tragen Sie mit einer deutlichen Überweisung dieser Motion – es ist wichtig, dass diese Beteiligungen verschwinden – dazu bei, dem Regierungsrat diesbezüglich etwas auf die Sprünge zu helfen – ähnlich, wie wir es auch bereits mit der Wasserkraftmotion zuhanden der BKW gemacht haben. Scheinbar braucht es deutliche Rauchzeichen an diese Adresse. Wenn nämlich die BKW die Wasserkraft in der Schweiz ausbaut, kann sie getrost die Kohle in Kolumbien in der Erde lassen.

Martin Boss, Saxeten (Grüne). Der Bergbau ist an sich sehr problematisch bezüglich der Umweltzerstörung. Uranminen, Erzminen, Kohleminen und viele andere stellen über Jahre und Jahrzehnte und vielleicht auch länger ein Risiko für alle Lebewesen dar, da der Fokus vor allem auf die Ausbeute gelegt, die Nachsorge kaum gewichtet wird und die betroffenen Staaten zu wenige gesetzliche Auflagen betreffend Umweltstandards festlegen oder durchsetzen, weil sie direkt oder indirekt auch von diesen Geschäften profitieren. Die unheimliche Allianz zwischen wirtschaftlicher Abhängigkeit

von Ausbeuterfirmen und dem Staat ist vielfach an schlechte Arbeitsbedingungen und Löhne der Bergbauarbeiter gekoppelt. Wenn im politischen Kontext noch Menschenrechtsverletzungen, Zwangsumsiedlungen und vielleicht sogar Tote in Kauf genommen werden, sind das wahrlich immer wieder schlechte Zeiten, die jedoch uns betreffen, weil unser Appetit auf diese Rohstoffe gross ist.

Ein altes Thema: Erinnern wir uns an das Thema Blutgold oder an die Kritik an den hier in der Schweiz ansässigen Rohstofffirmen mit den Themen Steuervermeidungsstrategien, Korruption, Umweltverschmutzung, «Menschenrechtsverletzungen und Nahrungsmittelspekulation. Die alte Problematik, wie das Kantonsparlament oder der Regierungsrat Einfluss auf die BKW nehmen können, haben wir im Parlament ausgiebig debattiert, und das dreht sich im Kreis. Es ist auch einigermassen erstaunlich, dass die Beteiligung der BKW – welche wir nun in diesem Geschäft behandeln – noch immer Strom aus Kohle beinhaltet und dazu beiträgt, den CO₂-Ausstoss zusätzlich anzuhetzen – zum heutigen Zeitpunkt für uns Grüne und hoffentlich auch für Sie im Grossen Rat ein No-Go! Die Klimadebatte lässt grüssen. Der in der Antwort des Regierungsrates beschriebene Verhaltenskodex und die Geschäftsethik sind zwar zu begrüssen, stellen aber nicht viel mehr dar als vielleicht ein Lippenbekenntnis, welches wir nicht überprüfen können und wovon wir keine Kenntnisse haben. Kolumbien ist ja weit weg. Diese Motion soll der BKW ein starkes Zeichen aus dem Grossen Rat zukommen lassen. Sie beinhaltet die Aufforderung, dass die Beteiligungen unter diesen Umständen und Bedingungen nicht akzeptiert werden können. Die grüne Fraktion unterstützt diese Motion einstimmig und wird die Abschreibung bestreiten.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Kornelia Hässig.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Die vielen Vorstösse bezüglich der BKW zeigen, dass der Grosse Rat nicht zufrieden ist mit der Geschäftspolitik unseres Stromversorgers. Die Investition in Kohlekraftwerke stellt nicht nur klimapolitisch einen Super-GAU dar – das haben wir bereits gehört –, auch wird sich die Investition in nächster Zukunft zu einer Riesen-Hypothek für unser Unternehmen entwickeln. Aktien von solchen Kraftwerken sind heute nicht mehr attraktiv und können oft nur noch mit Verlust verkauft werden. Dass die BKW nicht bereits vor Jahren verkauft hat, zeigt, dass sie die Zeichen der Zeit verkannt hat, und sie ist definitiv strategisch auch nicht so unterwegs, wie wir in diesen Saal dies gerne hätten. Entweder hört der Verwaltungsrat nun einmal unser Zeichen, oder sonst muss der Regierungsrat dann zur Ultima Ratio greifen und den Verwaltungsrat schlicht und einfach abwählen.

Wir hier wünschen uns eine andere Politik. Unser Energieversorger – das zeigen die vielen Vorstösse aus den verschiedensten Fraktionen – soll uns gehören, und er soll eine erneuerbare Strategie wählen. Wer nicht hört, muss spüren. Deshalb bestreiten wir diese Abschreibung, und wir bitten Sie, diese Abschreibung auch zu bestreiten, um den Druck gegenüber der BKW aufrechtzuhalten und ein klares Zeichen zu setzen, wonach wir nicht gewillt sind, das Verhalten der BKW zu billigen. Wir möchten nicht dauernd die negativen Schlagzeilen der BKW lesen. Vielleicht geht unsere Forderung etwas weit. Aber eigentlich ist es strategisch das einzig richtige Verhalten für einen nachhaltigen und verantwortungsbewussten Energieversorger, dass er eben nur nachhaltigen Strom einkauft und handelt. Die BKW investiert enorm viel Geld. Die Geschäftspraxis ist bei vielen von Ihnen nicht unbestritten. Unbestritten wäre es aber, wenn die BKW aggressiver in erneuerbare Energien investieren würde. Es muss nun endlich vorwärtsgehen, sonst muss die Regierung die Reissleine ziehen. Vernünftige und zukunftsorientierte Verwaltungsräte sind keine rare Spezies. Deshalb unterstützen Sie die Nichtabschreibung.

Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg (SVP). Die SVP teilt die Auffassung mit den Motionären, dass dort, wo die Beteiligungen der BKW Kraftwerke betreffen, bei welchen angeblich Missstände herrschen, genau hingeschaut werden muss. Es wäre förderlich, wenn diese Missstände im Sinne des Kantons Bern korrigiert werden könnten, da dieser als Mehrheitsaktionär der BKW in der Pflicht steht. Unserer Fraktion ist sehr wohl bewusst und bekannt, dass man nur einmal die Frage stellt, ob wir mit diesem Entscheid auf der operativen Stufe eingreifen. Wir sehen es aber einmal mehr als unsere moralische und strategische Pflicht, dort hinzuschauen und entsprechend darauf hinzuweisen, dass dies untersucht und korrigiert wird. Indem der Regierungsrat nun direkt der zuständigen Direktion, der BVE, die entsprechenden Forderungen in Aussicht stellt und man dies im Rahmen der Kompetenzen der Motionsforderung sehen wird, genügt, damit dort genügend hingeschaut wird. Wenn die BKW anschliessend selbst im Rahmen ihres Auftrags die unternehmerischen und rechtlichen Kompetenzen ausschöpft, sieht es die Fraktion der SVP gleich wie der Regierungsrat. In diesem

Sinn würden wir die Motion annehmen und gleichzeitig abschreiben. Wenn die Motion beziehungsweise die Abschreibung bestritten ist, wird eine Mehrheit der SVP den Vorstoss ablehnen und die Abschreibung anschliessend unterstützen.

Präsident. Besten Dank, ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Wir sehen uns um 13.30 Uhr wieder.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr. / Fin de la séance à 11 heures 45.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Céline Gasser (d)

Sara Ferraro (f)